

Die Woche im Bundestag



CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Kampf gegen Corona

Neue Corona-Hilfen

für Unternehmen und Selbstständige

- 1 Akuthilfe für November 2020**
- 2 KfW-Schnellkredite jetzt auch für kleine Unternehmen**
- 3 Verlängerung und Erweiterung der Überbrückungshilfen**

CDU/CSU

Deutschland im Herbst 2020 ist ein Land, das kämpft. Schulen, Pflegeheime und Unternehmen halten mit pragmatischen Lösungen ihren Betrieb aufrecht. Unser aller Ziel ist

es, die alltäglichen Kontakte deutlich zu reduzieren. In den nächsten Wochen wird sich entscheiden, wie wir als Gesellschaft diese Pandemie in den Griff bekommen.

Auch in dieser Sitzungswoche wurde im Bundestag über ein neues Pandemie-Gesetz debattiert. Das „Dritte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ befasst sich u.a. mit der Vorbereitung der Impfprogramme, der Vergrößerung der Testkapazitäten und Änderungen bei den Reiseregulungen. Was heißt das konkret? In Bezug auf Schutzimpfungen und Testungen sollen nicht nur Versicherte, sondern auch Nichtversicherte einen entsprechenden Anspruch bekommen. Außerdem will man Möglichkeiten schaffen, um veterinärmedizinische und zahnärztliche Laborkapazitäten für die Auswertung von Corona-Tests zu nutzen. Und Reisende müssen aufpassen: Wer einen vermeidbaren Trip in ein 48 Stunden vor Reiseantritt ausgewiesenes Risikogebiet unternimmt und anschließend in Quarantäne muss, soll keine Entschädigung mehr für den durch die Quarantäne verursachten Verdienstausschlag erhalten.

Keine Chance dem Terror

Unsere Gesellschaft wird in diesen Tagen nicht nur vom Corona-Virus bedroht. Wir sind zutiefst erschüttert von den terroristischen Anschlägen bei Paris, in Nizza und Wien. Unser Mitgefühl gehört den Verletzten und den Angehörigen der Opfer dieser feigen terroristischen Anschläge. Den Rettungs- und Sicherheitskräften wünschen wir viel Kraft. Der islamistischen Terror fordert uns alle gemeinsam heraus, er ist eine gewaltige Gefahr für unsere Art des Lebens. Vereint in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt werden wir uns dieser mörderischen Ideologie mit aller Konsequenz und Härte entgegenstellen.

Deutschland verzeichnet aktuell rund 630 islamistische Gefährder, dazu kommt noch eine steigende Zahl von rechts- und linksextremistischen Gefährdungen.

Unsere Aufgabe muss sein, unsere Nachrichtendienste auch weiterhin mit den richtigen Befugnissen auszustatten, um Anschläge zu verhindern. Darunter fällt z.B. das Einholen bestimmter Auskünfte bei Luftfahrtunternehmen, Kreditinstituten und Telekommunikationsdiensten. Die Grundlage dafür ist das Terrorismusbekämpfungsgesetz, das 2002 beschlossen und seitdem dreimal verlängert wurde. In dieser Woche haben wir dieses wichtige Gesetz endgültig entfristet.



Wir stehen an der Seite Österreichs.

CDU/CSU

Lichtblick für die Kulturszene



Photo by Kilyan Sockalingum on Unsplash

Die Details zur Außerordentlichen Wirtschaftshilfe November stehen. Dies haben gestern Abend das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundesministerium der Finanzen verkündet. Hierzu erklären sich die **stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann**, und die **kultur- und medienpolitische Sprecherin Elisabeth Motschmann**.



Gitta Connemann: „Außerordentliche Zeiten brauchen außerordentliche Maßnahmen. Künstler, Kreative, Veranstalter kämpfen seit Monaten um ihre Existenz. Die Coronapandemie hat ihnen fast alles genommen. Auch jetzt wird die Szene wieder hart getroffen. Ohne Veranstaltungen fehlen Beschäftigungsmöglichkeiten und Gagen. Es gab bislang schon staatliche Unterstützung - aber nicht immer passgenau. Umso wichtiger ist die Novemberhilfe. Denn sie sendet das richtige Signal. Wir lassen die Kultur- und Kreativbranche nicht im Stich. Und sie bietet die richtigen Instrumente. Auch mittelbar indirekt Betroffene können die

Hilfe beantragen, nämlich all jene, die regelmäßig 80 Prozent ihrer Umsätze mit Betrieben machen, die schließen müssen. Solo-Selbstständige können unbürokratisch eine Förderung beantragen. Sie erhalten ein Wahlrecht, welcher Umsatz als Entschädigungsmaßstab angelegt wird – der wöchentliche Umsatz im November 2019 oder der durchschnittliche Wochenumsatz im Jahr 2019. Dafür haben wir gekämpft. Der Einsatz hat sich gelohnt. Dies bedeutet Licht am Ende eines langen Tunnels für Künstler und Kreative.“



Elisabeth Motschmann: „Unsere Künstler sind in Not. Sie brauchen unsere Hilfe und sie bekommen unsere Hilfe. Wir tragen der besonderen Lebens- und Berufssituation von Solo-Selbstständigen Rechnung. Sie können bis zu einem Förderhöchstbetrag von 5.000 Euro den Zuschuss direkt und ohne Steuerberater beantragen. Bereits jetzt müssen wir aber den Blick über den November hinaus richten, denn vielen Kulturschaffenden fehlt eine Perspektive. Wir dürfen jetzt nicht die Hände in den Schoß legen.“

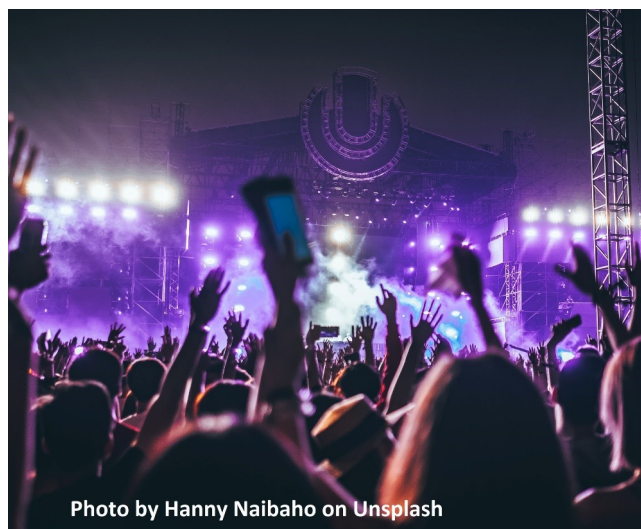


Photo by Hanny Naibaho on Unsplash

Reformen im KSK auf gutem Weg



„Der vorliegende Zwischenbericht belegt, dass das Bundesministerium der Verteidigung mit den ergriffenen Maßnahmen auf einem guten Weg ist. Anpassungen der Organisationsstruktur und personelle Veränderungen benötigen jedoch Zeit, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Deshalb ist es

wichtig, dass wir die eingeleiteten Reformen eng begleiten und zu gegebener Zeit evaluieren lassen.

Für Rechtsextremismus ist kein Platz in der Bundeswehr. Dies gilt umso mehr für die Eliteeinheiten der Truppe. Es ist gut, dass die Ministerin den festgestellten Missständen tatkräftig begegnet. Mit dem Zwischenbericht hat sie unter Beweis gestellt, dass die Bundeswehr hier auf einem guten Weg ist.

Entscheidend ist aber, dass die Soldatinnen und Soldaten des KSK diese Herausforderung mittragen. Deshalb ist es gut und richtig, konsequent aufzuklären, aber keinen Generalverdacht zu erheben. Denn die Mehrheit der Angehörigen der Bundeswehr - auch des Kommandos Spezialkräfte - sind tadellose Soldaten und vorbildlich in ihrer Pflichterfüllung. Ihnen verdanken wir unsere Sicherheit und Freiheit.“

Der **verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte**, zum Zwischenbericht zur Umsetzung der Reformen im Kommando Spezialkräfte (KSK) im Verteidigungsausschuss.

Schnelle Auszahlung von Waldprämien

„Mit der Gesetzesänderung schaffen wir die Basis, damit die 500 Millionen Euro umfassenden Waldhilfen aus dem Corona-Konjunkturprogramm schnell und unbürokratisch durch die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe an die vielen privaten und kommunalen Waldbesitzer abfließen können.

Dafür muss nun schnellstmöglich die entsprechende Richtlinie auf den Weg gebracht, die unter anderem definiert, wer unter welchen Voraussetzungen antragsberechtigt ist. Unsere Waldbauern brauchen die finanzielle Unterstützung, um Verluste auszugleichen, das Schadholz aus dem Wald zu schaffen und die Wälder klimastabil umzubauen. Je länger noch mehr wichtige Zeit verstreicht, desto schwieriger wird es für unseren Wald. Denn das im Wald verbleibende Schadholz setzt nicht nur gebundenes CO₂ frei, sondern ist auch eine Brutstätte für Schädlinge wie den Borkenkäfer. Das Bundesumweltministerium hatte hier bis zuletzt viel zu lange den Fuß auf der Bremse und eine Veröffentlichung der Richtlinie blockiert.“

Der **agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann**, zur in dieser Wo-



che beschlossenen Änderung im Siebten Buch Sozialgesetzbuch, mit der Anträge auf waldfächenbezogene Prämien aus dem Corona-Konjunkturpaket schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden können.

Familienleistungen bald per Mausklick beantragen



„Der Gesetzentwurf zeigt beispielhaft, welche Potenziale in

der digitalisierten Verwaltung stecken und wie groß der Gewinn ist, den Bürgerinnen und Bürger daraus ziehen können. In einem Rutsch können Eltern künftig die Geburt anzeigen, den Namen des Kindes festlegen, die Geburtsurkunde, sowie Eltern- und Kindergeld beantragen. Eltern müssen nicht erst bei einer Behörde eine Bescheinigung beantragen, nur um sie anschließend bei einer anderen Behörde vorlegen zu können. Der Kern des Gesetzes ist, dass Behörden notwendige Daten untereinander austauschen können. Eltern müssen künftig keine Nachweise mehr selbst einreichen und keine Doppelangaben mehr in verschiedenen Anträgen machen.“

Der **innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg**, zur Verabschiedung des Gesetzes zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen in dieser Woche.

Kein Grund für Hamsterkäufe

„Für Hamsterkäufe gibt es nach wie vor keinen Grund. Die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln ist bei uns zu jeder Zeit gesichert – dank unserer hart arbeitenden Bauernfamilien und unserer erstklassigen Lebensmittelwirtschaft. In Deutschland werden gute, sichere und geprüfte Lebensmittel hergestellt – und zwar in hinreichender Zahl für unsere Bevölkerung.“

Insbesondere bei Grundnahrungsmitteln ist der Selbstversorgungsgrad in Deutschland sehr hoch. Nach der Statistik der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lag der Selbstversorgungsgrad etwa bei Hart- und Weichweizen zuletzt bei 117 Prozent, bei Kartoffeln bei 148 Prozent, bei Frischmilcherzeugnissen bei 116 Prozent, bei Käse bei 126 Prozent und bei Schweinefleisch bei 119 Prozent.

Allenfalls bei manchen Obst- und Gemüsesorten, vor allem aber bei exotischen Früchten, die hierzulande nicht angebaut werden können, sind wir auf Importe angewiesen. Gerade bei diesen Produkten ist bisher aber weder eine erhöhte Nachfrage noch ein Rückgang der Importe festgestellt worden. Ohnehin ist es sinnvoll, sich überwiegend von regionalen und saisonalen Lebensmitteln zu ernähren, nicht zuletzt aus Gründen der Nachhaltigkeit.

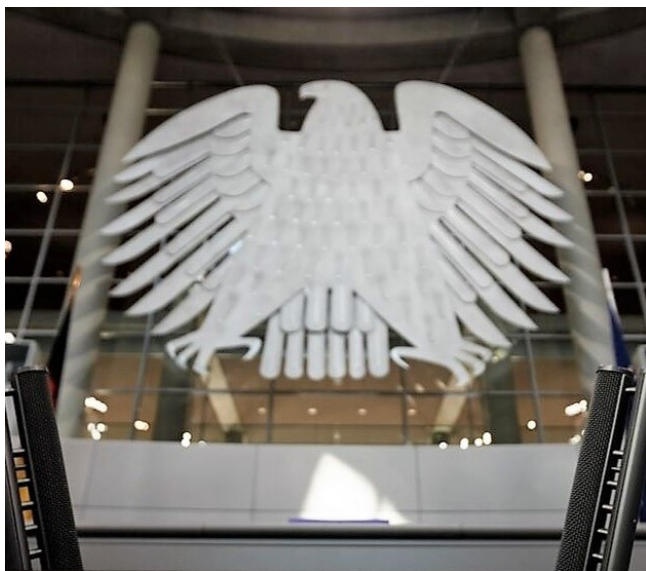
Die Lieferketten in der Europäischen Union funktionieren. Anders als im Frühjahr sind die Handelswege im europäischen Binnenmarkt offen. Regale werden immer wieder nachgefüllt. Deshalb sollten Verbraucherinnen und Ver-



braucher nur in haushaltsüblichen Mengen einkaufen. Wer nach diesem Grundsatz handelt, verhält sich solidarisch gegenüber den Mitmenschen und trägt zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung bei.“

Der **agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann**, zur aktuellen Versorgungssituation in der aktuellen Corona-Situation, die einen Teil der Menschen offensichtlich wieder zu Hamsterkäufen in Supermärkten verleitet.

Die Woche im Parlament



 Deutscher Bundestag

Drittes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Der Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, sieht eine Vielzahl an Maßnahmen vor. So sollen u.a. die Regelungen zum Reiseverkehr im Fall einer epidemischen Lage z.B. dadurch angepasst werden, dass eine digitale Einreiseanmeldung nach Aufenthalt in Risikogebieten verordnet werden kann, um eine bessere Überwachung durch die zuständigen Behörden zu ermöglichen. Zudem soll festgeschrieben werden, dass erlassene Rechtsverordnungen zum Reiseverkehr mit Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag außer Kraft treten, im Falle von COVID-19 jedoch spätestens mit Ablauf des 31. März 2021. Außerdem wird der Begriff des Risikogebiets legaldefiniert. Darüber hinaus solle meldepflichtige Labore dazu verpflichtet werden, künftig eine SARS-CoV-2-Meldung über das elektronische Melde- und Informationssystem zu melden. Eine solche Pflicht soll auch in Bezug auf weitere Infektionskrankheiten schrittweise bis Ende 2022 eingeführt werden.

Zur weiteren Ausweitung der Testkapazitäten erlaubt der Gesetzentwurf die Nutzbarkeit von veterinärmedizinischer oder zahnärztlicher Laborkapazitäten für Schnelltests auf das Coronavirus. Zudem sollen auch Nichtversicherte einen Anspruch auf Schutzimpfungen und Testungen haben, wenn dies im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite zum Schutz der Bevölkerung erforderlich ist. Das Bundesgesundheitsministerium soll in diesem Fall mit einer Rechtsverordnung den Umfang der Finanzierung von Leistungen und Kosten aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds bestimmen können. Schließlich wollen wir in das Infektionsschutzgesetz mit einem neuen § 28a aufgrund der fortdauernden epidemischen Lage eine besondere Rechtsgrundlage aufnehmen, die beispielhaft Maßnah-

men enthält, welche die Länder ergreifen können, sofern der Deutsche Bundestag die epidemische Lage von nationaler Tragweite i.S.d. § 5 Abs. 1 festgestellt hat. Zudem wird ein Stufensystem eingeführt, das sich an der jeweiligen Inzidenz von Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb von 7 Tagen orientiert.

Gesetze zur Entfristung von Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung. Mit dem Gesetz, das wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, werden die Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung, die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eingeführt worden waren, entfristet. Dies betrifft Befugnisse im Bundesverfassungsschutzgesetz, dem MAD-Gesetz und dem BND-Gesetz. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Auskunftsregelungen für Luftfahrtunternehmen, Banken und Telekommunikations- und Telemedizinanbieter, der Ausschreibung im Schengener Informationssystem sowie Übermittlungsregelungen bezüglich des BAMF. Zu den entfristeten Befugnissen zählen der Einsatz von sogenannten IMI-Catchern zur Ermittlung der Rufnummer eines vom Verdächtigen genutzten Mobiltelefons sowie die Sicherheitsüberprüfung von Personen in kritischen Infrastrukturen.



Erstes Gesetz zur Änderung des Windenergie-auf-See-Gesetzes und anderer Vorschriften. In 2./3. Lesung beschlossen wir eine Reform des Windenergie-auf-See-Gesetzes, mit der ein Teil des Klimaschutzprogramms 2030 umgesetzt wird. Mit dem Gesetz wird das Ausbaziel für Offshore-Windenergie bis 2030 von 15 auf 20 Gigawatt Leistung geändert. Zudem wird erstmals ein Langzeitziel definiert: Bis zum 2040 sollen eine installierte Leistung von 40 Gigawatt erreicht werden. Außerdem wird ein zusätzlicher Prüfungsschritt eingeführt, der das Risiko minimiert, dass ein Windpark nicht genutzt werden kann, weil sich die Fertigstellung der dazugehörigen Offshore-Anbindungsleitung verzögert. Zudem ändern sich die Vorschriften für das Ge-

botsverfahren während der Ausschreibung. Weitere Gesetzesänderungen betreffen unter anderem den Höchstwert, die Härtefälle im Falle von Herstellerinsolvenzen sowie sonstige Energiegewinnungsbereiche wie beispielsweise der Wasserstoffproduktion.

Erstes Gesetz zur Änderung des Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetzes. In 2./3. Lesung passten wir die bestehenden Regelungen des Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetzes an die aktuellen europäischen Rechtsgrundlagen an. Dies schafft die Voraussetzungen, damit Kinder in Kitas und Schulen weiterhin an den EU-Programmen für eine gesunde Ernährung teilnehmen können. Ziel des EU-Schulprogramms ist es, Kindern frisches Obst und Gemüse sowie Milch und Milchprodukte wie z.B. Naturjoghurt schmackhaft zu machen und gesündere Ernährungsgewohnheiten zu fördern. Zudem wird mit dem Gesetz eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, dass zeitnah Waldprämien zur weiteren Unterstützung privater und kommunaler Waldeigentümer ausgezahlt werden können. Hierdurch sollen aufgrund von Stürmen, Dürre, Borkenkäferbefall und Klimawandel entstandene Schäden teilweise kompensiert und gleichzeitig eine nachhaltige Waldwirtschaft unterstützt werden.

Gesetz zur Beschleunigung von Investitionen. Mit dem Gesetz beschlossen wir in 2./3. Lesung eine Reihe von Maßnahmen, durch die die Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte beschleunigt werden. Dazu zählen u.a. Vereinfachungen im Raumordnungsrecht und bei der Genehmigung der Elektrifizierung von Schienenstrecken sowie Maßnahmen zur Beschleunigung der Gerichtsverfahren. Darüber hinaus werden die verwaltungsrechtlichen Verfahren optimiert, indem Zuständigkeiten klarer strukturiert und Regelungen zu Spruchkörpern und gesetzlicher Anordnung des Sofortvollzugs festgelegt werden.



Daten & Fakten



Steigendes Interesse an Pflegeberufen. Die gestiegenen Zahlen bei den Berufsanfängern im Pflegebereich in den vergangenen Jahren zeigt, dass die Wahl eines Pflegeberufs für immer mehr Menschen attraktiv erscheint. Im Jahr 2019 begannen 71.300 Menschen eine Ausbildung in einem Pflegeberuf, was einem Anstieg um 8,2% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. In den letzten 10 Jahren seit 2009 stieg die Zahl der Menschen, die eine Ausbildung im Pflegebereich begonnen haben, sogar um 39%. Zu den Pflegeberufen zählen die Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Kinderkrankenpflege. Den größten Zuwachs unter diesen Ausbildungsberufen verzeichnete die Altenpflege. Zwar wird der Pflegeberuf nach wie vor überwiegend von Frauen angestrebt – doch auch der Männeranteil ist in den letzten 10 Jahren gestiegen: Von 19% im Jahr 2009 auf 25% im Jahr 2019. Eine kontinuierliche Fortsetzung dieses allgemeinen Trends ist wichtig, um die bestehenden Lücken an fehlendem Fachpersonal zu füllen.

(Quelle: Destatis)

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.